

LA Leitantrag "Was uns zusammenhält"

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 22.02.2019

Tagesordnungspunkt: 5 Leitantrag "Was uns zusammenhält" mit politischen Reden

Antragstext

1. Was uns zusammenhält: Mecklenburg-Vorpommern ökologisch, solidarisch und weltoffen gestalten

Am 26. Mai 2019 sind Kommunal- und Europawahlen in Mecklenburg-Vorpommern. Diese Wahlen sind doppelt wichtig. Vor Ort, in den Dörfern, Städten und auf dem Land gestalten wir mit unserem kommunalpolitischen Ansatz das Zusammenleben. Neben der Kommunalpolitik hat die europäische Politik direkten Einfluss vor Ort und bietet eine wesentliche Unterstützung für die Regionen. Die komplexen Probleme in unserer globalisierten Welt lassen sich nur gemeinsam lösen. Wir wollen Europäisches und Kommunales gemeinsam denken und so den Grundstein legen dafür, dass wir gut leben können – in einer intakten Umwelt und in einem Gemeinwesen, das Halt gibt. Die neue Buslinie, sichere Radwege, regionales Einkaufen, die Kita, die Sporthalle, Jugend- und Familienförderung, oder summende Blühwiesen: Alle können am 26. Mai mit ihrer Stimme entscheiden, wer sie im Gemeinderat, in der Stadtversammlung, der Bürgerschaft, in den Kreistagen und im Europäischen Parlament vertritt und welche Projekte wirklich angepackt werden.

Jede Stimme für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN trägt dazu bei, den Zusammenhalt in unserem Land und von Europa zu stärken und den Aufbruch in eine nachhaltige Zukunft voranzubringen!

Naturvielfalt und Umwelt schützen

Gerade die kommunale Ebene ist für die Umweltpolitik von zentraler Bedeutung: Hier werden beispielsweise Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien genehmigt, Schutzgebiete für den Natur- und Landschafts- sowie den Grundwasserschutz ausgewiesen, und Maßnahmen gegen Lärm ergriffen. Wir wollen Lebensräume von Tier- und Pflanzenarten verbessern und dazu auch die Natur- und Landschaftsschutzgebiete wirksamer schützen und Biotopverbundsysteme schaffen. Wir GRÜNE setzen uns in den Städten und Gemeinden dafür ein, dass Gewässer- und Wegerandstreifen in kommunalem Eigentum wieder als ungenutzte Saumstrukturen die Landschaft beleben. Initiativen für pestizidfreie Kommunen oder „Essbare Städte“ wollen wir voranbringen.

In den Städten wollen wir Bäume und Grünflächen erhalten, grüne Achsen mit attraktiven Geh- und Radwegen schaffen und die Aufenthaltsqualität in den Städten und Dörfern steigern. Bei der Stadt- und Dorfentwicklung soll Innenentwicklung und flächensparendes Bauen Vorrang haben. Mit kommunalen Initiativen wollen wir Müll reduzieren, Mehrwegsysteme wie ReCup fördern, Plastik vermeiden und ressourcenschonendes Wirtschaften erleichtern.

Klimakrise meistern - Klimaschutz vorantreiben

Die Klimakrise ist die größte akute Gefahr der Menschheit. Um sie zu meistern müssen wir die Energiewende konsequent umsetzen. Klimaschutz fängt dabei in den Kommunen an. Deshalb werden wir weiter darauf hinwirken, dass in allen Städten und Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern ambitionierte Klimaschutzkonzepte umgesetzt werden.

50 Dafür wollen wir den Anteil der Klimaschutzprojekte sowohl an den
51 Maßnahmen
52 des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), als auch des
53 Europäischen Landwirtschaftsfond für die Entwicklung des ländlichen Raums
54 (ELER) im operationellen Programm der Landesregierung mindestens für die
55 Förderperiode 2021-2027 stark erhöhen. Zudem fordern wir, dass zukünftig
56 insgesamt keine Projekte gefördert werden, die klimaschädlich sind.

57
58 Wir wollen, dass die Kommunen eine Vorbild- und Vorreiterfunktion
59 einnehmen bei der Senkung des Energieverbrauchs ihrer Gebäude, bei der
60 energiesparenden, ökologischen Planung neuer Bau- und Gewerbegebiete, bei
61 der Ausweisung von Standorten für die Erzeugung von Erneuerbaren Energien.
62 Die Stadtwerke wollen wir als Motoren der Energiewende stärken. In den
63 Häfen des Landes wollen wir flächendeckend Landstrom einrichten.

64
65 Auch der Verkehrswende kommt dabei eine wichtige Rolle zu. In vielen
66 Regionen unseres Landes werden Dörfer fast nur von Schulbussen angefahren.
67 Dabei ist ein funktionierender Öffentlicher Personennahverkehr nicht nur
68 gut für's Klima, er garantiert auch Teilhabe und sorgt dafür, dass der
69 ländliche Raum nicht leer gezogen wird. Wir setzen darum auf die
70 konsequente Ausweitung von Rufbussystemen, wie sie beispielsweise in
71 Vorpommern-Greifswald erprobt wurden. Ziel muss dabei sein, die ÖPNV-
72 Flotten der Städte und Landkreise auf alternative Antriebe umzustellen, um
73 so CO2-Emissionen zu reduzieren. Wir brauchen zudem Radschnellwege zu und
74 in den Städten, um die Straßen vom täglichen Ein- und Auspendelautoverkehr
75 zu entlasten.

76
77 Mecklenburg-Vorpommern war im vergangenen Jahr das beliebteste
78 innerdeutsche Urlaubsziel. Das ist für die Urlaubsregionen jedoch Segen
79 und Fluch zugleich, denn an Anreise- und Regentagen sind die Straßen
80 verstopft. Darum setzen wir uns ein für Anreisemöglichkeiten mit der Bahn
81 und die Wiedereinrichtung der Südbahn, der Usedom-Südanbindung über die
82 Karniner Brücke und der Darßbahn. So werden sowohl Klima und Umwelt als
83 auch Nerven von Einheimischen und Tourist*innen geschont. Vor Ort brauchen
84 wir aufeinander abgestimmte Bus- und Bahnlinien und günstige regionale
85 ÖPNV-Tickets wie die Kaiserbädercard, die für unkomplizierte Mobilität auf
86 der Insel Usedom und Umgebung sorgt.

87
88 Um Mecklenburg-Vorpommern insbesondere auch in den küstenfernen Regionen
89 sowohl für die Bewohner*innen als auch die Tourist*innen infrastrukturell
90 aufzuwerten und zu erschließen, möchten wir "Rad- und Fußwege auf dem
91 Land" gezielt als wichtige Infrastrukturprojekte über den ELER- bzw. EFRE-
92 EU-Fond mittels eines neuen Förderschwerpunktes angehen.

93
94 Für eine nachhaltige Landwirtschaft, die Stadt und Land verbindet
95 Die Art und Weise wie Boden bewirtschaftet wird, hat weitreichende Folgen
96 für die Umwelt, das Klima und die Qualität landwirtschaftlicher
97 Erzeugnisse, des Bodens und der Gewässer. Wir alle tragen dafür
98 Verantwortung: als Konsumenten, Landeigentümer*innen oder Landwirt*innen.
99 Die Greifswalder Agrarinitiative hat es sich in einem mehr als 5jährigem
100 Prozess zum Ziel gesetzt, Landeigentümer*innen und Landwirt*innen

101 gleichermaßen dafür zu sensibilisieren und in die Pflicht zu nehmen.
102 Wir wollen die Ideen der Greifswalder Agrarinitiative in die Fläche
103 tragen: In Kooperationsvereinbarungen verständigen sich öffentliche
104 Landeigentümer*innen und landwirtschaftliche Betriebe auf Maßnahmen,
105 welche die Biodiversität, den Klima- und den Gewässerschutz fördern (z.B.
106 Lerchenfenster, Anpflanzungen von Hecken, breiter Pufferstreifen zu
107 Gewässern und Söllen, Blühstreifen etc.). Eine einzelbetriebliche
108 Naturschutzberatung ist dabei anzustreben. Gleichzeitig muss das Land
109 dafür Sorge tragen, dass dies ausreichend finanziell unterstützt wird und
110 Beratungs-Kapazitäten ausbauen.

111
112 In Mecklenburg-Vorpommern werden jährlich knapp 400 Mio. € an EU-
113 Agrarförderung (GAP) als pauschale Flächenprämie an die Bäuerinnen und
114 Bauern direkt ausgeschüttet. Diese leistungsungebundenen Zahlungen
115 belohnen lediglich Besitz und Größe, tragen zu den massiven Boden- und
116 Pachtpreisstegungen bei und verstärken so das „Wachsen oder Weichen“ in
117 der Landwirtschaft. Sie entfalten keine Lenkungswirkung auf die Art der
118 Bewirtschaftung. Wir wollen die GAP neu ausrichten - einerseits weg von
119 den ineffizienten, pauschalen Direktzahlungen, um die Pacht- und
120 Bodenpreisexplosion zu stoppen, andererseits hin zu einer verbesserten
121 Ausstattung der 2. Säule für eine explizite Förderung einer
122 naturverträglichen, bäuerlichen Landwirtschaft. Die europäische
123 Landwirtschaftspolitik muss diejenigen Landwirte belohnen, die
124 Artenvielfalt, Klima, Böden und Gewässer schützen sowie Tiere artgemäß
125 halten.

126
127 Nachhaltig Wirtschaften für die Menschen in den Regionen
128 Wir setzen auf ökologisches Wirtschaften, das Lebensqualität schafft,
129 Mitbestimmung ermöglicht sowie Sozialstandards und
130 Geschlechtergerechtigkeit achtet.
131 Beschaffungs- und Ausschreibungsrichtlinien sollen diesen Standards
132 genügen und regionale und fair gehandelte Produkte und Dienstleistungen
133 bevorzugen. Öffentliche Ausschreibungen wollen wir über kleine Losgrößen
134 so gestalten, dass regionale Unternehmen eine realistische Chance im
135 Bieterwettbewerb haben.
136 Für eine bessere Wertschöpfung aus und für die Regionen wollen wir
137 regionale Kreisläufe ankurbeln, eine gemeindeübergreifende Zusammenarbeit
138 stärken und innovatives Wirtschaften fördern. Start-ups und die Förderung
139 kleiner, nachhaltiger Unternehmen sehen wir als Aufgabe der kommunalen
140 Wirtschaftsförderung. Diese Wirtschaftsförderung muss den SDG (Sustainable
141 Development Goals) Maßgaben genügen. EFRE-Mittel sollen
142 gemeinwohlökonomische Unternehmen besonders fördern.

143
144 Die EU unterstützt Forschung und Lehre in den Universitäten und
145 Hochschulen des
146 Landes. So wird in Rostock etwa an einer Verbesserung der
147 Herzklappentransplantation
148 geforscht. Die Unterstützung solcher Forschungsprojekte durch die EU
149 schafft nicht nur
150 mehr Arbeitsplätze und Ausbildungsmöglichkeiten. Sie bereitet auch
151 Chancen, dass sich aus der Hochschulforschung Unternehmen ausgründen, die

152 mehr wirtschaftliches
153 Potenzial ins Land bringen. Wir fordern die Landesregierung auf, diese
154 Chancen kommunal ernst zu nehmen und stärker zu unterstützen. Zudem wollen
155 wir die internationale Forschung kommunal unterstützen, etwa durch die
156 stärkere Zusammenarbeit mit Partnerstädten, das Werben für ein
157 Auslandsstudium in MV und die Unterstützung von Erasmusstudent*innen.
158 Zudem wollen wir das Erasmus+ Programm in MV bekannter machen und so mehr
159 Menschen ermöglichen, es zu nutzen.

160
161 Kultur verbindet

162 Kultur verbindet Menschen und Regionen, Stadt und Land, regt zum
163 Nachdenken, Diskutieren und Bleiben an. Nicht nur deshalb ist sie für uns
164 unverzichtbar. Damit Kultur ihre volle Wirkung entfalten kann, muss sie
165 sich frei entwickeln können und erlebbar sein. Damit Kultur unabhängig vom
166 eigenen Auto erlebt werden kann, wollen wir das Angebot von Theaterbussen
167 - wie es sie von Mai bis Oktober beispielsweise auf Rügen gibt - auch auf
168 andere Regionen und Theater ausweiten.
169 Wir treten für starke Kreiskulturräte ein, die die Interessen von
170 Kulturschaffenden bündeln und für Vernetzung untereinander sorgen.

171
172 Solidarisches Miteinander - der sozialen Verantwortung gerecht werden
173 Alle Menschen sollen unabhängig von ihrer finanziellen Situation am
174 täglichen Leben und Miteinander in unseren Regionen, Städten und Dörfern
175 teilhaben können. Deshalb treten wir GRÜNE für gut ausgestattete Schulen,
176 Begleitung, Betreuung und Beratung in prekären Lebenslagen, bezahlbaren
177 Wohnraum und eine gute kommunale Daseinsvorsorge mit umfassenden sozialen,
178 wirtschaftlichen und kulturellen Dienstleistungen ein. Auf eine
179 flächendeckende, gute Gesundheitsversorgung, generationengerechtes Wohnen,
180 Barrierefreiheit und Zugang zu guter Pflege muss besondere Aufmerksamkeit
181 gelegt werden.

182
183 Wir wollen, dass Kommunen beim Wohnungsbau einen relevanten Anteil
184 mietpreisgebundener Wohnungen vorgeben und selbst in den sozialen
185 Mietwohnungsbau investieren. Wir unterstützen auch Baugemeinschaften und
186 Genossenschaften, die preiswert Wohnraum schaffen.
187 Europäische Investitionen in Gemeindehäuser und Orte des Austausches und
188 der Zusammenkunft, wie etwa in Blowatz, Lassahn oder Diemitz wollen wir
189 verstärken. Es sind diese Orte, an denen Menschen zusammenkommen, in
190 Diskurs miteinander treten und die Dorfgemeinschaft wiederaufleben lassen
191 können.

192
193 Ebenso haben für uns gute Bildung und qualitative Betreuung in gut
194 ausgestatteten, sanierten Kitas und Schulen hohe Priorität.
195 Bedarfsgerechte Öffnungszeiten und ein guter Personalschlüssel in Kitas
196 sind ebenso wichtig wie eine faire Entlohnung der Erzieher*innen,
197 Betreuer*innen und Lehrenden.
198 Eine gesunde Ernährung ist für Kinder- und Jugendliche besonders wichtig.
199 Wir wollen, dass in Kitas, Horten und Schulen mehr Essen aus biologisch
200 angebauten und regionalen Zutaten angeboten wird, und die DGE Standards in
201 allen Kitas und Schulen umgesetzt werden. Perspektivisch wollen wir, dass
202 in den Einrichtungen bzw. vor Ort gekocht wird.

203 Wir setzen uns für den Erhalt des europäischen INTERREG Programmes ein.
204 Durch dieses werden die Menschen entlang der Oder, egal ob in Deutschland
205 oder Polen, zusammengebracht und können miteinander in Austausch stehen.
206 So wird etwa Schüler*innen ermöglicht gemeinsam zu musizieren oder Sport
207 zu treiben. In dem Projekt „Sprache verbindet – Abbau sprachlicher
208 Barrieren als Schlüssel für eine engere Zusammenarbeit in der Euroregion
209 Pomerania“ wird Beamten der Stadt Greifswald die Möglichkeit gegeben
210 Polnisch zu lernen. Gleiches findet auch in Szczecin statt. So entsteht
211 gegenseitiges Verständnis und Vertrauen.

212
213 Für ein landesweites kostenloses Schul- und Freizeitticket
214 Der Weg zur Schule hängt für Schüler*innen in Mecklenburg-Vorpommern in
215 sehr unterschiedlichem Maße davon ab, wo sie wohnen. Ein Flickenteppich
216 von unterschiedlichsten Regelungen, das ist das Ergebnis der durch den
217 Landtag beschlossenen Regelung des § 113 Schulgesetz MV. Je nachdem, wo
218 ein Schulkind lebt, bekommt es entweder die Fahrt nur zur zuständigen
219 Schule bezahlt, oder es bekommt einen Fahrtkostenzuschuss bei Besuch einer
220 nicht zuständigen Schule, manchmal aber nur dann, wenn eine festgelegte
221 Entfernung überschritten wird. In einigen Landkreisen kann zusätzlich für
222 kleines oder auch großes Geld ein Freizeitticket hinzugekauft werden. In
223 anderen fahren die Kinder komplett kostenfrei in öffentlichen
224 Verkehrsmitteln.

225 Ein solches Regel-Sammelsurium schafft unnötige Verwaltungskosten und
226 große Ungerechtigkeiten. Wir wollen deshalb eine landeseinheitliche
227 Regelung im Schulgesetz. Wir wollen ein landesweit gültiges kostenfreies
228 Kinder- und Jugendticket für alle öffentlichen Verkehrsmittel im Land. Bis
229 zu dessen Einführung muss im Finanzausgleichsgesetz geregelt werden, dass
230 der für die Kommunen durch die Schülerbeförderung anfallende Kostenanteil
231 auf maximal 50 % beschränkt wird. Hierfür werden sich GRÜNE in allen
232 kommunalen Vertretungen einsetzen, denn nur gleiche Bedingungen für alle,
233 egal ob Schüler*in oder Auszubildende*r, sind faire Bedingungen.

234
235 Starke Beteiligung und gleiche Rechte

236 Wir leben Bürgerbeteiligung und wollen eine Politik des Miteinanders
237 weiter etablieren. Die Öffentlichkeit soll über anstehende Projekte
238 frühzeitig informiert und Bürger*innen zu wichtigen Planungen angehört und
239 einbezogen werden. Wir setzen uns für Ortsteilbudgets und die schrittweise
240 Einführung von Bürgerhaushalten ein.

241 Die Ausschusssitzungen der Kreistage, Stadtvertretungen, Bürgerschaften
242 und Gemeindevertretungen sollen grundsätzlich öffentlich sein. Die
243 Vorlagen und Protokolle aus diesen öffentlichen Sitzungen sollen online
244 zur Verfügung gestellt werden. Sitzungen der Kreistage, Stadtvertretungen
245 und Bürgerschaften sollten, zum Beispiel via Onlinestream, übertragen
246 werden.

247
248 Wir wollen die Chancen und Potentiale der Digitalisierung in der
249 öffentlichen Verwaltung gezielt nutzen, um den Bürgerservice zu
250 modernisieren und zu verbessern. Informationsmöglichkeiten im Internet
251 müssen ausgebaut und verbessert werden. Dazu gehören u.a.
252 Benutzerfreundlichkeit, Mehrsprachigkeit und Barrierefreiheit. Auch
253 Informationen über Bebauungspläne und andere städtische Planungen und

254 Konzepte müssen im Internet leicht zugänglich sein. Die Bürger*innen
255 müssen überall unkompliziert Behördengänge auch online erledigen können.

256
257 Die Versorgung mit einer guten Breitbandinfrastruktur ist ein wichtiger
258 Standortfaktor speziell für den ländlichen Raum, und Grundvoraussetzung
259 für die Teilhabe aller. Unternehmen brauchen leistungsfähige
260 Glasfaseranschlüsse, um wettbewerbsfähig zu bleiben, und für die
261 Bürgerinnen und Bürger hat sich das Internet zu einem elementaren
262 Bestandteil des Alltagslebens entwickelt. Daher sind die bestehenden
263 Lücken in der Breitbandversorgung zeitnah zu schließen und eine
264 flächendeckende Versorgung zu gewährleisten.

265
266 Wir wollen Chancengleichheit für alle. Wir setzen uns dafür ein, dass
267 Frauen gleichberechtigt in der Kommunalpolitik vertreten sind und gehen
268 als GRÜNE mit gutem Beispiel voran, indem wir unsere Listen paritätisch
269 aufstellen. Die Büros der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten müssen
270 gut ausgestattet sein, um wirkungsvoll arbeiten zu können. Wir setzen uns
271 ein für mehr familienfreundliche Arbeitszeitmodelle und
272 Kinderbetreuungsangebote in den Verwaltungen und kommunalen Einrichtungen.

273
274 Auch Kinder und Jugendliche müssen ihre Ideen und Einschätzungen in die
275 Kommunalpolitik einbringen können. Deshalb wollen wir Kinder- und
276 Jugendparlamente und andere Beteiligungsformen zum Beispiel Jugendbeiräte
277 fördern.

278
279 Kleine soziale Projekte in den Kommunen zeigen oft große Wirkung und haben
280 für alle Bürger*innen einen hohen Mehrwert. Interkulturelle Projekte, die
281 das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen, Religionen und
282 Weltanschauungen befördern, sowie geschlechtsspezifische
283 Präventionsarbeit, Initiativen gegen Rechtsextremismus und der Heimat- und
284 Kulturverein brauchen die Unterstützung der gesamten Kommune.

285 Für starke Kommunen

286 Vielen Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern droht der Verlust der
287 finanziellen Eigenständigkeit. Freiwillige Aufgaben und zukunftsfähige
288 Investitionen können nicht getätigt werden, weil die Gemeinden und
289 Landkreise häufig noch nicht einmal den für Förderprogramme notwendigen
290 Eigenanteil erbringen können. Die Kommunen wissen am besten, wo sie
291 investieren wollen und auch müssen. Das Land hält die Kommunen kurz und
292 fährt jährlich Haushaltsüberschüsse im dreistelligen Millionenbereich ein.
293 Deshalb plädieren wir für eine angemessene und aufgabengerechte
294 Finanzausstattung der Kommunen. Wir schließen uns dem Städte- und
295 Gemeindetag an, der eine auf Dauer einzurichtende Infrastrukturpauschale
296 in Höhe von 166 € je Bürger*in fordert, um damit ab dem Jahr 2020 auf den
297 Durchschnitt aller Flächenländer bei den Finanzausweisungen zu kommen. Nur
298 so können gleichwertige Lebensverhältnisse geschaffen und verhindert
299 werden, dass der Nordosten nicht weiter von der Entwicklung abgehängt
300 wird.

301
302 Gleichzeitig müssen Aufgaben, die in den letzten Jahren vom Land auf die
303 Kommunen übergegangen sind, auf ihre Ausfinanzierung hin überprüft werden.
304 Nur so kann erreicht werden, dass Infrastruktur erhalten und ausgebaut

305 werden kann. Radwege, Feuerwehren, Kindergärten, Schulen,
306 Kultureinrichtungen und Vereine warten dringend darauf.
307 Die Förderprogramme der EU sollen auch den Menschen die Möglichkeiten
308 geben, eigenständig ihr Umfeld zu verbessern, die konkreten Probleme vor
309 Ort zu lösen, und die Chancen der verschiedenen Regionen Mecklenburg-
310 Vorpommerns zu nutzen.
311 Wir möchten einerseits das Beratungsangebot für Bürger*innen in den
312 Kommunen weiter ausbauen, andererseits aber auch Hürden abbauen. Um mehr
313 Projekte zu ermöglichen, wollen wir den Eigenanteil der Förderung
314 absenken, die Möglichkeit schaffen, sich von der Vorausleistung zu
315 befreien und Fristzeiträume erweitern. So können sich mehr Menschen
316 beteiligen.

317
318 Knapp 2,3 Milliarden Euro erhält Mecklenburg-Vorpommern innerhalb der
319 siebenjährigen
320 Förderperiode insgesamt von der EU. Doch obwohl die Förderperiode nur noch
321 22 Monate andauert, sind weniger als 30% der Mittel genutzt worden. Dieser
322 Wert ist
323 bundesweit unterdurchschnittlich und konstatiert Verwaltungsversagen.
324 Etliche Projekte
325 sind noch nicht angefangen. Die Landesregierung schafft es nicht, die
326 Unterstützung, die
327 sie bekommt, zu nutzen. Wir fordern daher eine Verbesserung der
328 Verwaltungsstrukturen
329 und ein automatisiertes Monitoring, das Regierung und Parlament regelmäßig
330 über den
331 Fortschritt der Förderprojekte informiert und so zur Umsetzung motiviert.

332
333
334 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MV will Europa demokratischer machen, die
335 Souveränität des Europäischen Parlaments stärken und den Einfluss des
336 Rates abschwächen. Wir machen uns stark für ein geeintes Europa, das die
337 Menschen im Vordergrund sieht. Ein Europa, das zusammenhält, Kulturen
338 stärkt und verknüpft, durch sprachlichen Austausch Solidarität garantiert,
339 Vertrauen in die Fähigkeiten seiner Bürger*innen hat und ihnen die
340 Chancen gibt, die sie brauchen, um zu wachsen, sich zu entwickeln und
341 einander zu
342 vertrauen. Ein Europa, das die Regionen stärkt und uns verbindet.